

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I Mitteilungen	
	Rat	
86/C 287/01	Entschließung des Rates vom 3. November 1986 zum Aktionsprogramm für die kleinen und mittleren Unternehmen	1
	Kommission	
86/C 287/02	ECU.....	2
	II Vorbereitende Rechtsakte	
	Kommission	
86/C 287/03	Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) über die gemeinsame Marktorganisation für Wein	3
86/C 287/04	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung bestimmter Richtlinien über den Verkehr mit Saat- und Pflanzgut hinsichtlich der Einführung von Anwendungsregeln für die Bestimmungen betreffend Saat- und Pflanzgut, das minderen Anforderungen entspricht	4
86/C 287/05	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über eine außergewöhnliche Dringlichkeitsmaßnahme zugunsten der benachteiligten Gebiete in Irland	5
	III Bekanntmachungen	
	Kommission	
86/C 287/06	Ausschreibungsbekanntmachung zum Verkauf von Ölsaaten aus Beständen einer Interventionsstelle gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3418/82 (Dauerverkauf)	7
86/C 287/07	Liste der Betriebe in Ungarn, aus denen die Einfuhr frischen Fleisches in die Gemeinschaft zugelassen ist	7
86/C 287/08	Liste der Betriebe in Botsuana, aus denen die Einfuhr frischen Fleisches in die Gemeinschaft zugelassen ist	8
86/C 287/09	Directorate-General Information, Communication, Culture (siehe dritte Umschlagseite)	

I

(Mitteilungen)

RAT

ENTSCHLIESSUNG DES RATES

vom 3. November 1986

zum Aktionsprogramm für die kleinen und mittleren Unternehmen

(86/C 287/01)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

nach Kenntnisnahme von dem Entschließungsentwurf der Kommission,

in der Erwägung, daß das Aktionsprogramm für die KMU allen Unternehmen zugute kommt,

unter Berücksichtigung der Zielsetzung der Integration, der Vollendung des Binnenmarkts und der Durchführung der gemeinschaftlichen Politik für die wirtschaftliche Konvergenz sowie der Strategie der wachstums- und beschäftigungsorientierten Zusammenarbeit,

in der Erwägung, daß aufgrund der großen Bedeutung, die der Gründung und der Entwicklung der KMU bei der Förderung der Beschäftigung zukommen kann, und der spezifischen Probleme, die sie in den einzelnen Mitgliedstaaten bewältigen müssen, eine Gemeinschaftsstrategie für die KMU erforderlich ist, die die einzelstaatlichen Maßnahmen in diesem Bereich ergänzt,

in der Erwägung, daß die Entwicklung der KMU einen wesentlichen Faktor bei einer Reihe von derzeit dem Rat unterbreiteten Maßnahmen und Initiativen auf Gemeinschaftsebene, beispielsweise im Rahmen von Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, darstellt —

billigt generell die Leitlinien der Politik und der Strategie des Aktionsprogramms, wobei einzelne Vorschläge und ihre finanziellen Auswirkungen noch einer Genehmigung bedürfen, und ersucht die Kommission, regelmäßig über die Verwirklichung der Ziele Bericht zu erstatten.

KOMMISSION

ECU ⁽¹⁾

13. November 1986

(86/C 287/02)

Betrag in nationaler Währung für eine Einheit:

Belgischer und Luxemburgischer Franken con.	43,3073	Spanische Peseta	140,083
Belgischer und Luxemburgischer Franken fin.	43,5288	Portugiesischer Escudo	153,649
Deutsche Mark	2,08374	US-Dollar	1,03002
Holländischer Gulden	2,35329	Schweizer Franken	1,72992
Pfund Sterling	0,726494	Schwedische Krone	7,16021
Dänische Krone	7,85650	Norwegische Krone	7,72363
Französischer Franken	6,82081	Kanadischer Dollar	1,42421
Italienische Lira	1442,80	österreichischer Schilling	14,6716
Irishes Pfund	0,764679	Finnmark	5,08883
Griechische Drachme	142,832	Japanischer Yen	165,556
		Australischer Dollar	1,59694
		Neuseelandischer Dollar	1,98961

Die Kommission verfügt jetzt über einen Fernschreiber mit Abrufmoglichkeit, der die Umrechnungskurse in den wichtigsten Währungen automatisch mitteilt. Die Kurse sind börsentäglich ab 15.30 Uhr bis 13 Uhr am folgenden Tag abrufbar.

Dabei ist in folgender Weise zu verfahren:

- Fernschreib-Nr. 23789 in Brüssel wählen;
- eigene Fernschreib-Nummer angeben;
- den Code „cccc“ eingeben, der den Abruf der Umrechnungskurse der ECU auslöst;
- den Ablauf der Übertragung nicht unterbrechen; das Ende der Mitteilung wird automatisch durch den Code „ffff“ angezeigt.

Vermerk: Die Kommission unterhält ferner einen Fernschreiber mit Antwortgerat (unter der Nummer 21791), bei dem die Tagesdaten für die Berechnung der Wahrungsausgleichsbetrage im Rahmen der Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik abgerufen werden können.

⁽¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 3180/78 des Rates vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 379 vom 30. 12. 1978, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2626/84 (ABl. Nr. L 247 vom 16. 9. 1984, S. 1).
Beschluf 80/1184/EWG des Rates vom 18. Dezember 1980 (Abkommen von Lome) (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 34).
Entscheidung Nr. 3334/80/EGKS der Kommission vom 19. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 27).
Haushaltsordnung vom 16. Dezember 1980 betreffend den allgemeinen Haushalt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 345 vom 20. 12. 1980, S. 23).
Verordnung (EWG) Nr. 3308/80 des Rates vom 16. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 345 vom 20. 12. 1980, S. 1).
Entscheidung des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 13. Mai 1981 (ABl. Nr. L 311 vom 30. 10. 1981, S. 1).

II

(Vorbereitende Rechtsakte)

KOMMISSION

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) über die gemeinsame Marktorganisation für Wein

KOM(86) 577 endg.

(Von der Kommission dem Rat vorgelegt am 30. Oktober 1986)

(86/C 287/03)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 39 der Verordnung (EWG) Nr. ... des Rates schreibt die Fristen und genauen Regeln für die Durchführung der obligatorischen Destillation von Tafelwein vor. Für das erste Anwendungsjahr wurden jedoch bestimmte Fristen verlängert.

Mit Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 775/85 des Rates vom 26. März 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein⁽¹⁾ wurde der Kommission jedoch auch die Möglichkeit gegeben, für dieses erste Wirtschaftsjahr bestimmte Übergangsmaßnahmen zu beschließen, um einen harmonischen Übergang von der früheren auf die neue Regelung dieser Destillation zu gewährleisten.

Bei der ersten Anwendung der Regelung sind zahlreiche und erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten, die sich, um die Destillation tatsächlich durchführen zu können, nur dank Nutzung der für dieses erste Anwendungsjahr vorgesehenen Fristverlängerungen überwinden ließen.

Nach dieser Erfahrung steht zu befürchten, daß sich die Regelung und die vorgesehene Zeitplanung ohne Änderungen nicht anwenden lassen. Durch die Anwendung der Maßnahme in Spanien kann sich diese Gefahr noch erhöhen.

Damit die obligatorische Destillation wirksam und ausgewogen angewandt wird, sollten deshalb für drei Wirtschaftsjahre die Übergangsbestimmungen übernommen werden, nach denen die Kommission, ohne die wesentlichen Bestandteile der Regelung in Frage zu stellen, die zur Überwindung etwaiger, die Destillation möglicherweise gefährdender Schwierigkeiten notwendigen Maßnahmen treffen kann.

Nach Artikel 29 der Verordnung (EWG) Nr. ... sollen mit den Interventionsmaßnahmen im Sektor Wein das Gleichgewicht auf dem Tafelweinmarkt sowie für den betreffenden Wein ein garantierter, einem bestimmten Prozentsatz des Orientierungspreises entsprechender Mindestpreis erzielt werden. Damit die hauptsächliche Aufgabe der Stützungsdestillation gemäß Artikel 41 der genannten Verordnung, nämlich dem Erzeuger für den von ihm gelieferten Wein diesen Preis zu gewährleisten, besser zum Tragen kommt, sollte angegeben werden, daß der Ankaufspreis des für diese Destillation bestimmten Weins gemäß dem Prozentsatz des Orientierungspreises festgesetzt wird, der in Artikel 29 genannt ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. ... wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 39 wird folgender Absatz eingefügt:

„(10a) Treten in den Wirtschaftsjahren 1986/87, 1987/88, 1988/89 und 1989/90 Schwierigkeiten auf, welche die Durchführung oder eine ausgewogene Anwendung der in Absatz 1 genannten obligatorischen Destillation gefährden könnten, so werden nach dem Verfahren des Artikels 83 der Verordnung (EWG) Nr. ... die erforderlichen Maßnahmen beschlossen, um sicherzustellen, daß die vorgenannte Destillation tatsächlich durchgeführt wird.“

Diese Maßnahmen betreffen nur die in diesem Artikel vorgesehenen Bestimmungen. Ausgenommen sind jedoch die Bestimmungen, welche sich auf folgendes beziehen:

(¹) ABl. Nr. L 88 vom 28. 3. 1985, S. 1.

- die zu destillierenden Mengen,
- die für den destillierten Wein zu zahlenden Preise,
- den 1985 in jedem Erzeugungsgebiet geltenden Prozentsatz,
- die Bezugswirtschaftsjahre.“

2. Artikel 41 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Der Prozentsatz des Orientierungspreises für jede Art von Tafelwein, zu dem der in Anwendung der Absätze 1, 2 und 5 zur Destillation gelieferte

Wein gezahlt wird, ist der in Artikel 29 erster Unterabsatz genannte Prozentsatz.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung bestimmter Richtlinien über den Verkehr mit Saat- und Pflanzgut hinsichtlich der Einführung von Anwendungsregeln für die Bestimmungen betreffend Saat- und Pflanzgut, das minderen Anforderungen entspricht

KOM(86) 578 endg.

(Von der Kommission dem Rat vorgelegt am 31. Oktober 1986)

(86/C 287/04)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die nachstehenden Richtlinien, die Anforderungen für den Verkehr mit Saat- und Pflanzgut vorschreiben, enthalten Bestimmungen, gemäß denen die Mitgliedstaaten ermächtigt werden können, für einen bestimmten Zeitraum Saat- und Pflanzgut zum Verkehr zuzulassen, das einer Kategorie mit minderen Anforderungen oder solchen Sorten angehört, die weder im Gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten noch in ihren einzelstaatlichen Sortenkatalogen aufgeführt sind:

- Richtlinie 66/400/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Betarübensaatgut⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3768/85⁽²⁾,
- Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Saatgut von Futterpflanzen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 86/155/EWG⁽⁴⁾,

— Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 86/320/EWG der Kommission⁽⁶⁾,

— Richtlinie 66/403/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 86/215/EWG⁽⁸⁾,

— Richtlinie 66/404/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3768/85,

— Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben⁽¹⁰⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 86/155/EWG,

— Richtlinie 69/208/EWG des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen⁽¹¹⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 86/155/EWG,

— Richtlinie 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut⁽¹²⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 86/155/EWG.

⁽¹⁾ ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2290/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1985, S. 8.

⁽³⁾ ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2298/66.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 118 vom 7. 5. 1986, S. 23.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2309/66.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 200 vom 23. 7. 1986, S. 38.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2320/66.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 152 vom 6. 6. 1986, S. 46.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2326/66.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 93 vom 17. 4. 1968, S. 15.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 169 vom 10. 7. 1969, S. 3.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 7.

In dem Bemühen um ein wirksameres Funktionieren dieser Bestimmungen kann sich die Festlegung von Anwendungsregeln als zweckmäßig erweisen.

Es empfiehlt sich, daß diese Regeln nach dem Verfahren des Ständigen Ausschusses für das landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstliche Saat- und Pflanzgutwesen erlassen werden —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

An Artikel 17 der Richtlinie 66/400/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 21 erlassen werden.“

Artikel 2

An Artikel 17 der Richtlinie 66/401/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 21 erlassen werden.“

Artikel 3

An Artikel 17 der Richtlinie 66/402/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 21 erlassen werden.“

Artikel 4

An Artikel 16 der Richtlinie 66/403/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 19 erlassen werden.“

Artikel 5

An Artikel 15 der Richtlinie 66/404/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 17 erlassen werden.“

Artikel 6

An Artikel 14 der Richtlinie 68/193/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 17 erlassen werden.“

Artikel 7

An Artikel 16 der Richtlinie 69/208/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 20 erlassen werden.“

Artikel 8

An Artikel 33 der Richtlinie 70/458/EWG wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Regeln über die Anwendung von Absatz 1 können nach dem Verfahren des Artikels 40 erlassen werden.“

Artikel 9

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über eine außergewöhnliche Dringlichkeitsmaßnahme zugunsten der benachteiligten Gebiete in Irland

KOM(86) 560 endg.

(Von der Kommission dem Rat vorgelegt am 3. November 1986)

(86/C 287/05)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die schlechten Witterungsbedingungen, unter denen die Landwirte in den benachteiligten Gebieten Irlands gemäß der Definition der Richtlinie 85/350/EWG des Rates betreffend das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (Irland) ⁽¹⁾ gelitten haben, haben die ständigen natürlichen Nachteile in diesen Gebieten verstärkt

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 187 vom 19. 7. 1985, S. 1.

und nach zwei Jahren hoher Kosten und niedriger Erzeugung zu kumulierten Liquiditätsproblemen geführt.

Es ist eine außergewöhnliche Dringlichkeitsmaßnahme erforderlich, um die Einkommen der Landwirte in diesen Gebieten unverzüglich zu verbessern. Im Hinblick auf die Haushaltsschwierigkeiten in Irland ist ein Eingreifen der Gemeinschaft erforderlich, um diese Maßnahme durchzuführen. Ein zusätzlicher Betrag zu den Ausgleichszulagen gemäß Titel III der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 ⁽¹⁾ wäre ein geeignetes Mittel zur Durchführung dieser Maßnahme ohne verwaltungstechnische Kosten und Verzögerungen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Um die Landwirte in Irland in den benachteiligten Gebieten im Sinne von Artikel 3 der Richtlinie 75/268/EWG des Rates über Landwirtschaft in Berggebieten und in bestimmten benachteiligten Gebieten ⁽²⁾ dabei zu unterstützen, die aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen 1986 aufgetretenen außergewöhnlichen Schwierigkeiten zu überwinden; wird eine außergewöhnliche gemeinsame Maßnahme im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 ⁽³⁾ eingeführt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 93 vom 20. 3. 1985, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 128 vom 19. 5. 1975, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

(2) Die gemeinsame Maßnahme besteht in einer finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft an den von Irland getätigten zusätzlichen Zahlungen zu den für 1986 gemäß Titel III der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 gewährten Ausgleichszulagen. Die Maßnahme wird auf zusätzliche Zahlungen im Rahmen der diesbezüglichen Maßnahmen für 1986 begrenzt; dabei werden die Begrenzungen und Bedingungen gemäß Artikel 14 und 15 der vorgenannten Verordnung eingehalten.

Artikel 2

(1) Die Laufzeit der gemeinsamen Maßnahme beträgt ein Jahr.

(2) Die in Artikel 1 genannte Beteiligung der Gemeinschaft ist auf 20 Millionen ECU begrenzt.

Artikel 3

Die Artikel 24, 25, 27 und 28 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 finden auf diese gemeinsame Maßnahme Anwendung.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

Ausschreibungsbekanntmachung zum Verkauf von Ölsaaten aus Beständen einer Interventionsstelle gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3418/82 (Dauerverkauf)

(86/C 287/06)

Name, Anschrift, Fernschreibe- und Telefonanschlüsse der Interventionsstelle

EF-direktoratet,
Att.: IM,
Frederiksborggade 18,
DK-1360 København K

Tel.: (01) 92 70 00
Telex: 15137

Art der Ölsaaten: Raps- und Rübsensamen

Nummer der Partie	Nenngewicht (Tonnen)	Erntejahr der Ölsaaten	Einlagerungsort
1/85 (*)	151,13	1985	Brdr. Ewers Aktieselskab, Gråsten Havn, DK-6300 Gråsten

(*) Es handelt sich dabei um eine Partie Raps- und Rübsensamen, die nicht „Doppelnul“ ist.

Liste der Betriebe in Ungarn, aus denen die Einfuhr frischen Fleisches in die Gemeinschaft zugelassen ist

(86/C 287/07)

(Richtlinie 72/462/EWG des Rates, Artikel 4 Absatz 1)

Veterinärkontrollnummer	Betrieb	Anschrift
-------------------------	---------	-----------

I. RINDFLEISCH

A. Schlachthöfe und Zerlegungsbetriebe

5	Gyulai Huskombinat	Gyula
6	Papai Huskombinat	Papa
11	BAZ megyei Allatforgalmi es Husipari Vallalat	Miskolc
18	Vas megyei Allatforgalmi es Husipari Vallalat Szombathelyi Gyara	Szombathely
24	Heves megyei Allatforgalmi es Husipari Vallalat	Gyöngyös
64	Szekszardi Huskombinat	Szekszard

B. Schlachthöfe

7	Szegedi Szalamigyar es Huskombinat	Szeged
35	Zala megyei Allatforgalmi es Husipari Vallalat Zalaegerszegi Gyara	Zalaegerszeg

Veterinärkontrollnummer	Betrieb	Anschrift
II. SCHAFFLEISCH		
Schlachthöfe		
49	Hortobagyi A. G. Export Juhvagohid	Hortobagy
H 116	Gerecse Mgtz. Juhvagohidja	Baj
III. SCHWEINEFLEISCH		
A. Schlachthöfe und Zerlegungsbetriebe (*)		
5 T	Gyulai Huskombinat	Gyula
6 T	Papai Huskombinat	Papa
7 T	Szegedi Szalamigyár és Huskombinat	Szeged
10 T	Győr-Sopron megyei Allatforgalmi és Husipari Vállalat Kapuvari Gyára	Kapuvár
11 T	BAZ megyei Allatforgalmi és Husipari Vállalat	Miskolc
18 T	Vas megyei Allatforgalmi és Husipari Vállalat Szombathelyi Gyára	Szombathely
35 T	Zala megyei Allatforgalmi és Husipari Vállalat Zalaegerszegi Gyára	Zalaegerszeg
46 T	Szolnok-Kispesti Sertésfeldolgozó Gazdasági Társaság	Budapest
61 T	Bácskai Husipari Közös Vállalat	Baja
62 T	Kaposvári Huskombinat	Kaposvár
64 T	Székszárdi Huskombinat	Székszárd
B. Zerlegungsbetriebe		
56	Budapesti Husipari Vállalat I. sz. Gyára Export Darabolo Üzeme	Budapest
76	Papai Huskombinat	Kéthely

IV. KÜHLHÄUSER

13	Magyar Hűtőipari Vállalat Szekesfehérvári Gyára	Szekesfehérvár
26	Magyar Hűtőipari Vállalat Miskolci Gyára	Miskolc
30	Magyar Hűtőipari Vállalat Bajai Gyára	Baja
55	Magyar Hűtőipari Vállalat Dunakeszi Gyára	Dunakeszi
63	Magyar Hűtőipari Vállalat Zalaegerszegi Gyára	Zalaegerszeg

(*) Die mit „T“ gekennzeichneten Betriebe werden hiermit gemäß Artikel 4 der Richtlinie 77/96/EWG für die Untersuchung auf Trichinen nach dem Verfahren des Artikels 2 der genannten Richtlinie zugelassen.

Liste der Betriebe in Botsuana, aus denen die Einfuhr frischen Fleisches in die Gemeinschaft zugelassen ist

(86/C 287/08)

(Richtlinie 72/462/EWG des Rates, Artikel 4 Absatz 1)

Veterinärkontrollnummer	Betrieb	Anschrift
RINDFLEISCH		
Schlachthof und Zerlegungsbetriebe		
1	Botswana Meat Commission	Lobatse

COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES
DIRECTORATE-GENERAL INFORMATION, COMMUNICATION, CULTURE

20 GRANTS FOR RESEARCH INTO EUROPEAN INTEGRATION

1987-1988

(86/C 287/09)

In order to encourage university research in the field of European integration, the Commission of the European Communities will award 20 research grants of a maximum of 4 500 ECU (*) in July 1987.

CONDITIONS:

1. The awards will be given to young university teaching staff at the start of their career who, individually or as a team, are doing research work on European integration.
2. Application forms are available from the Press and Information Offices of the European Communities given below (†). The applications must be submitted in duplicate and should contain:
 - an application form;
 - a 5-10 page typed description of the research project;
 - a curriculum vitae;
 - a certificate from the institution, confirming the position currently held by the applicant;
 - an estimate of the costs involved.
3. Applicants should not be over 40 years of age.
4. Awards are not renewable.
5. The maximum award of 4 500 ECU is paid in two instalments, at the beginning and at the end of the research.
6. Award holders who do not complete their research must reimburse the grant.
7. Employees of the institutions of the European Communities as well as their spouses and children are not eligible to apply.
8. The manuscript of the research should amount to a minimum of 40 000 words.
Languages admitted: Danish, Dutch, English, French, German, Greek, Italian, Portuguese, Spanish.
Final type-written text to be submitted in duplicate.
Deadline for submission of the research: 1st October 1988.
9. The Commission of the European Communities may assist with the costs of publishing the work.
10. The awards will be made by 15th July 1987 at the latest.
11. Applications must be submitted by 31st March 1987 to:

COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES,
Directorate-General Information, Communication, Culture,
University Information,
200, rue de la Loi,
B-1049 Brussels.
(Tel.: 235 45 83 or 235 25 85)

(*) 4 500 ECU = circa 200 000 BFR/LFR, 35 000 DKR, 10 000 DM, 620 000 DRA, 620 000 PTA, 30 000 FF, 3 500 IRL, 6 500 000 LIT, 11 000 HFL, 680 000 ESC, 3 200 UKL

(†) Application forms can be obtained from the above address or from the Press and Information Offices of the European Communities listed below:

ATHENS: 2, Vassilissis Sofias, T.K. 1602, GR-Athinai 134.

BONN: Zitelmannstraße 22, D-5300 Bonn.

BRUSSELS: Rue Archimède 73, B-1040 Bruxelles.

COPENHAGEN: Højbrohus, Østergade 61, Postbox 144, DK-1004 København-K.

DUBLIN: 39, Molesworth Street, IRL-Dublin 2.

THE HAGUE: Lange Voorhout 29, NL-Den Haag.

LISBON: 35, rua do Sacramento à Lapa, 1200 Lisboa.

LONDON: 8, Storey's Gate, GB-London SW1 P3AT.

LUXEMBOURG: Bâtiment Jean Monnet, Luxembourg-Kirchberg.

MADRID: Calle de Serrano 41, 5a planta, Madrid 28001.

PARIS: 61, rue des Belles Feuilles, F-75782 Paris Cedex 16.

ROME: Via Poli, 29, I-00187 Roma.

ANKARA: Kuleli Sokak 15, Gazi Osman Paça, Ankara.

BANGKOK: Thai Military Bank Bld., 9th & 10th Flrs., 34, Phya Thai Road, Bangkok.

CANBERRA: Capitol centre, Franklin Street, P.O. Box 609, Manuka ACT 2603, Canberra

CARACAS: Valle Arriba, Calle Colibri, Carretera de Barruta, Caracas.

GENEVA: rue de Vermont, 37-39, CH-1211 Genève 20.

OTTAWA: Office Tower (Suite 1110), 350 Sparks Street, Ottawa Ont. K1R 7S8.

TOKYO: Kowa 25 Building, 8-7 Sanbancho, Chiyoda-Ku, Tokyo 102.

WASHINGTON: 2100 M Street N.W. (Suite 707) Washington D.C. 20037, USA.